

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Mittwoch, den 23. Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Engels über die deutschen Schutzzölle.

Wp. Es wird abermals eine Erhöhung der Einfuhrzölle, vor Allem der Zölle auf Lebensmittel geplant. Die Regierung will es thun, das unterliegt nach der Programmrede Bülow's im preussischen Landtag keinem Zweifel mehr. Und sie wird darin nicht nur von den Agrariern, sondern von mächtigen industriellen Klüften unterstützt. Sollte der saubere Plan dennoch scheitern, so wird es im Innern des Landes hauptsächlich vom Widerstand abhängen, welchen die Sozialdemokratie diesem staatlich privilegierten Raubzug, diesem Hunnenkrieg gegen das deutsche Volk zu leisten vermag. Nach außen freilich sind auf alle Fälle gewaltige Hindernisse zu überwinden, die noch gelegentlich die Situation sehr zur Ueberraschung der Junker zu ändern vermögen.

Die Sozialdemokratie wird also eine tüchtige Arbeit zu leisten haben, vielmehr, als sie 1878 zu thun vermochte, oder 1892 auf ihren Theil entfiel. Und weil dem so ist, so glauben wir nach dem Sinne aller Parteigenossen zu handeln, wenn wir vor Allem die Charakteristik in Erinnerung bringen, welche Friedrich Engels dem 1879 eingeführten deutschen Zollschutz, dessen Fortsetzung bloß die jetzige Zollkampagne ist, hat angedeihen lassen. Engels schrieb also im Jahre 1888 in seinem Vorwort zur englischen Ausgabe der Marx'schen Rede über den Freihandel:

„Gerade in dem Augenblick, wo mehr als je der Freihandel eine Nothwendigkeit für Deutschland schien, gerade da führte es Schutzzölle ein. Das war zweifellos absurd, aber es läßt sich erklären.“

So lange Deutschland Korn ausfuhrte, waren sämtliche Grundbesitzer und sämtliche Ackerbauer begeisterte Freihändler. Aber 1874, statt Korn auszuführen, brauchte Deutschland starke Zufuhren vom Ausland. Ungefähr gleichzeitig begann Amerika Europa mit Zufuhren billigen Kornes zu überschwemmen; überall, wohin sie flossen, verringerten sie das Selbsteinkommen, das der Boden lieferte, und damit die Bodenrente; von da an erhob der gesammte Grundbesitz in ganz Europa den Ruf nach Zollschutz. Gleichzeitig litt die deutsche Industrie an den Nachwirkungen der heillosen Ueberproduktion und Ueberproduktion, die unter dem französischen Milliardenregen emporgeschossen war; während England, dessen Industrie seit der Krise von 1866 eine chronische Stagnation noch immer nicht überwunden hatte, alle zugänglichen Märkte überschwemmte mit Waaren, unverkäuflich zu Hause und eben deshalb draußen zu Schleuderpreisen weggeschickt. Obwohl die deutsche Industrie wesentlich auf die Ausfuhr angewiesen war, sahen die Fabrikanten doch jetzt im Zollschutz ein Mittel, sich den inneren Markt ausschließlich zu sichern. Die Regierung aber war nur zu froh, diesen Umstand benutzen zu können zum Vortheil des grundbesitzenden Adels, indem sie beiden, Grundbesitzern und Industriellen, Schutzzölle gab. 1878 wurde ein hoher Schutztarif eingeführt, sowohl für Ackerbau- wie für Industrieerzeugnisse.

Die Folge war, daß seitdem die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse geradezu aus der Tasche des heimischen Konsumenten bezahlt wird. Wo nur immer möglich, bilden die Fabrikanten Kartelle zur Regulierung des Ausfuhrhandels und der Produktion selbst. Die deutsche Eisenproduktion ist in den Händen einiger wenigen großen Firmen, meist Aktien-Gesellschaften, die zusammen ungefähr viermal so viel Eisen produzieren, wie das Land im Durchschnitt braucht. Zur Vermeidung nutzloser gegenseitiger Konkurrenz haben diese Firmen ein Kartell gebildet, das alle ausländischen Submissionen unter sich theilt und in jedem Falle die Firma bestimmt, die die Offerte zu machen hat. Dies Kartell hatte vor einem Jahr sogar ein Abkommen mit den englischen Hüttenbesitzern geschlossen, das indeß in die Brüche gegangen ist. Ebenso haben die westfälischen Kohlengruben, die gegen dreißig Millionen jährlich produzieren, ein Kartell gebildet zur Regulierung der Preise der Submissionsofferten und der Produktion selbst. Ueberhaupt, jeder deutsche Fabrikant sagt euch, daß der einzige Zweck der Schutzzölle ist, ihm zu erlauben, daß er sich im inneren Markt erholt von den Schleuderpreisen, die er im Ausland zu nehmen hat. Das ist aber noch nicht Alles. Um den Preis dieses absurden Systems des Industrieschutzes haben die

industriellen Kapitalisten einem noch widerstänigeren Monopol zugestimmt, das der Grundbesitz erhalten hat. Nicht nur sind alle Ackerbauprodukte hohen und noch fortwährend erhöhten Eingangszöllen unterworfen, sondern gewisse ländliche Industrien, die die Herren Junker auf ihren Gütern betreiben, werden aus dem öffentlichen Beutel direkt unterstützt. Die Rübenzuckerindustrie ist nicht nur geschützt, sondern erhält außerdem enorme Summen in Gestalt von Ausfuhrprämien. Jemand, der das wissen sollte, ist der Meinung, daß, wenn der ausgeführte Zucker sämtlich in die See geschüttet würde, der Fabrikant immer noch an der Exportprämie ein gutes Geschäft machen muß. Desgleichen erhalten die Kartoffelschnapsbrenner infolge der neuesten Gesetzgebung aus der Tasche des Publikums ein Geschenk von mindestens 36 Millionen jährlich. Und da fast jeder große Grundbesitzer im Nordosten Deutschlands entweder Rübenzuckerfabrik oder Kartoffelschnapsbrenner, oder beides ist, so ist es kein Wunder, daß die Welt mit ihren Produkten förmlich überschwemmt wird.

Diese Politik, verderblich unter allen Umständen, ist dies doppelt in einem Land, dessen Industrie ihren Absatz auf neutralen Märkten hauptsächlich durch die Wohlfeilheit der Arbeit aufrecht hält. Der Arbeitslohn wird in Deutschland selbst in den besten Zeiten dem Hungerpunkt ungebührlich nahe gehalten durch den trotz aller Auswanderung raschen Zuwachs der Volkszahl. Aber er muß steigen infolge der Vertheuerung aller Lebensmittel, die der Schutzoll erzwingt. Der deutsche Fabrikant wird dann nicht mehr im Stande sein, wie jetzt nur zu oft, sich für die Schleuderpreise seiner Waaren durch einen Abzug vom normalen Lohn seiner Arbeiter zu entschädigen: er verliert die Konkurrenzfähigkeit. In Deutschland schadet der Schutzoll die Hanne, die die goldenen Eier legt.“

So Engels 1888. Die Gründe, weshalb er die Schutzzölle verwarf, haben sich seit damals nur noch gesteigert. Das Kohlenhandwerk produziert nicht mehr dreißig, sondern beinahe 60 Millionen Tonnen. Wie groß seine Macht ist, weiß ja jetzt alle Welt an der Kohlenvertheuerung zu schätzen. Die Eisenmagnaten haben sich noch enger zusammengethan. Zugleich sind sie in nähere Beziehungen zum Staat getreten, Neben den Staatsbahnen und Armeebewaffnungen, haben es ganz besonders die Panzerschiffbauten bewirkt. Also, die Eisenkönige verlangen vom Staat Eisenzölle, um die Preise erhöhen zu können, und diese erhöhten Preise lassen sie sich dann vom Staat selbst bei den Panzerlieferungen bezahlen. Das ist allerdings ein sehr reelles Geschäft, bei dem sie nichts verlieren. Das Volk aber wird doppelt gebrandschlagen. Die Junker ihrerseits haben es durch ihre, durch Ausfuhrprämien begünstigte, Schleuderkonkurrenz auf dem auswärtigen Zuckermarkt soweit gebracht, daß die Vereinigten Staaten einen Zoll auf die Ausfuhrprämie legten. Nunmehr kartellieren sie sich im Inlande, um den heimischen Zuckerkonsumenten desto wirksamer rufen zu können, und verlangen höhere Brodpreise. Obendrein ist diese schutzöllnerische Liga, die Verschwörung zur Volkskaupowerung, längst zum schlimmsten Hort der politischen Reaktion geworden. Von diesem Klügel der Eisenkönige und Agrarier werden die brutalsten Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung ausgeht, und jedenfalls finden hier alle Umsturz-, Zucht- und ähnliche Gesetzesvorlagen die thätkräftigste Unterstützung. So stehen die Dinge in diesem Augenblick.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 21. Januar 1901.

Der Reichstag setzte heute die Beratungen über den Etat des Reichsamts des Innern fort. Graf Posadowsky saß am Bundesrathstisch. Von den Ministern und Staatssekretären war sonst Niemand da. Doch erschien eine kurze Zeit Herr Bresfeld, wechselte mit Posadowsky einige Worte, und verabschiedete dann wieder. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß Herr Bued eine ziemlich Rolle in dieser kurzen Unterhaltung gespielt hat.

Die heutige Debatte zeigte eine ziemlich Neigung sich in Einzelheiten zu zerpfücken. Der links nationalliberale Prinz Schönau-Carolath, den einige Aengstlinge mit

dem Namen eines „rothen Prinzen“ beehren, sprach über das Frauenstudium und bekräftigte in warmer Weise die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in Bezug auf das Universitätsstudium. Recht jesuitisch sprach sich Herr Kaplan Hize über katholische, christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften aus. Die Blößen der Girtenbriefe verschiedener Erzbischöfe suchte er durch plumpe Angriffe auf die Sozialdemokratie zu verdecken. Ein ähnliches Thema behandelte der nationalliberale Nennomirarbeiter (er ist inzwischen zum Fabrikanten abanctirt) Franken, der im Uebrigen mit geradezu herzerquickender Offenheit der Rechten ein Schachergeschäft antrug: Stimmt Ihr für den Kanal, dann stimme ich für Getreidezölle. Der Abg. Dr. Bichler vom Centrum äußerte sich über die schon mehrfach in diesen Sitzungen angeschnittene Frage der Bündnisfabrikation. Seine Angriffe auf die sächsisch-meinungliche Regierung vermochte der Bundesrathsbewollmächtigte dieses Klein-Stättchens keineswegs zu widerlegen. Genosse Peus geißelte mit verdienter Schärfe die intimen Beziehungen zwischen Zentralverband und Regierung, die durch den gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Buedbrief in noch größere Beleuchtung gerückt worden sind. Ferner verbreitete er sich über die traurige Lage der Zigeleiarbeiter und die empörende Rücksichtslosigkeit, mit der die zumeist sehr frommen und königstreuen Zigeleibesitzer den gesetzlichen Vorschriften ins Gesicht schlagen. Natürlich veräumte Peus auch nicht, den Sozialpolitikern nach Art der Hize und Franken einige herbe Wahrheiten zu sagen. Nach einer wenig bedeutenden Rede des Abg. Fischek wies Genosse Sachse die Angriffe auf die sächsischen Konsumvereine zurück und erging sich in längeren Ausführungen über das bekanntlich unerschöpfliche Thema der mangelhaften Berginspektion. Zum Schluß empfahl er die Annahme der von unserer Partei vorgeschlagenen Resolution betr. die Beziehungen zwischen Reichsamts des Innern und Zentralverband. Am Ende der Sitzung gab der nationalliberale Abgeordnete Wassermann eine kurze aber inhaltreiche Erklärung ab.

Aus ihr geht hervor, daß die nationalliberale Partei sich mit Haut und Haaren den Agrariern verschrieben hat und beim Brodwucher tüchtig mitmachen wird.

Morgen wird weiter über das Posadowsky-Amt verhandelt.

29. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. (Titel Staatssekretär.) Prinz zu Schönau-Carolath (Hosp. d. Nat.-Abg.) tritt lebhaft für die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium ein. Nach der immer wachsenden Zahl der studirenden Frauen sei es wirklich an der Zeit, sie nicht nur als Hospitanten zu dulden, sondern ihnen jede weiteren berechtigten Forderungen und Erleichterungen in Bezug auf das Studium zu gewähren. (Bravo!)

Hize (S.) wendet sich zunächst gegen die Behauptung des Abg. Hoch (S.D.), daß das Centrum bei den Unfallversicherungsgelegen und der Invalidenforderung theilweise hinter den Forderungen der Regierung zurückgeblieben sei. Herr Hoch hat auch kein Recht dazu, das Centrum stets als „maßgebende Partei“ zu bezeichnen; wir sind stets auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen. Die Behauptung des Herrn Hoch, daß die neuesten bischöflichen Erlasse sich gegen das Streikpostenrecht wenden und den Arbeitern die Koalitionsfreiheit nehmen wollen, ist ganz ohne Beweis geblieben. — Die neutralen Gewerkschaften des Centrums haben die Aufgabe, die sozialdemokratischen Bestrebungen zurückzuweisen. Die sogenannten neutralen Gewerkschaften der Sozialdemokratie sind Ersatzplätze für die Sozialdemokratie und durchaus parteiisch. Vor Kurzem wurde im „Vorwärts“ ein Fall veröffentlicht, wo der Maurerverband 1000 Mk. an politischen Zwecken gegeben hatte. Die christlichen Gewerkschaften bemühen sich dagegen, im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu heben! (Lachen bei den Soz.) Hize (zu den Soz.) schwebt stets das Endziel vor Augen! Die internationale Solidarität steht den sozialdemokratischen Arbeitern viel höher, als die nationalen Bestrebungen. Ein Ruin der nationalen Industrie durch einen Streit kümmert Sie sehr wenig! Anstatt vor allem nach Tarifgemeinschaften zu streben, ist für Sie der wirtschaftliche Krieg nur Selbstzweck als Klassenkampf. Der bischöfliche Brief hat den Arbeitern nicht das Koalitionsrecht verboten, sondern ihnen nur den Eintritt in die sog. neutralen d. h. sozialdemokratischen Gewerkschaften untersagt. Gegen die Unternehmung haben die Bischöfe keinen Erlass gerichtet, weil diese in ihren Verbänden alle konfessionellen und politischen Gegensätze beiseite lassen. Die christlichen Gewerkschaften sind nur mit großer Freude zu begrüßen! Von Ihrem Standpunkt aus sollten Sie sich freuen, daß diese Organisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter geschaffen worden sind, aber Sie bekämpfen sie, weil Ihnen Ihre politischen Ziele höher stehen, als die wirtschaftlichen! (Bravo! im Centrum.)

Franken (nat.-Abg.) regt eine Verfertigung der im Rettungsdienst verunglückten Feuerwehrleute an. An den sozialpolitischen Streitfragen bemerkt er, die Nationalliberalen hätten das Budgetgesetz abgelehnt, weil sie es einfach unpassend für die Arbeiter

Politische Rundschau.

Deutschland.

gefunden hätten, die zu den besten aller Industrie-Arbeiter Europas gehörten. (Hört, hört! bei den Soz.) Seit Redner die praktische Mitarbeit der Sozialdemokraten in der Kommission für die Invalidenversicherung geleht hat, empfindet er Respekt vor ihnen. Zum Schluss erklärt Redner, keine höheren Getreidebölle zu bewilligen, wenn die Agrarier die Kanalvorlage zu Fall brächten. (Lautes Lachen rechts.)

Pächler (Zentrum): In Sachsen-Meinungen, wo die Händeholzfabrication noch größtentheils in der Hausindustrie erfolgt, sind dielei Fabrication seitens der Landesregierung eine Reihe von Erleichterungen gewährt worden, und daraus ist es zu erklären, daß in Sachsen-Meinungen die Phosphorkreosole besonders häufig auftritt. Neue Gesetze sind also gar nicht erforderlich, sondern es ist nur nötig, daß die bestehenden Verordnungen auch in Sachsen-Meinungen durchgeführt werden und die Hausindustrie unterdrückt wird.

Ein Bundesbevollmächtigter für Sachsen-Meinungen befreit, daß die gesetzlichen Verordnungen in Sachsen-Meinungen nicht beachtet werden. Sie sind nur besonders schwer durchführbar wegen des Bestehens der Hausindustrie. Die Händeholzer werden jetzt hinter verschlossenen Türen und verhängten Fenstern hergestellt. Dadurch werden natürlich die gesundheitlichen Folgen der Händeholzfabrication noch vermehrt. Die sächsisch-meinungische Regierung hält die bestehenden Maßnahmen für sehr groß, daß sie entschlossen ist, ein Verbot der Händeholzfabrication zu beantragen.

Schwartz (München) (Mitl.) verlangt für Väter eine Minimalruhezeit statt des Maximal-Arbeitstages. Die Maximalarbeitswoche würde die Schwierigkeit der Kontrolle noch bedeutend erhöhen.

Reus (SD): Das Ideal eines Arbeiters für das Zentrum hat Herr Symala im preussischen Abgeordnetenhause gezeichnet. Es sind die Galizier, die nicht lesen und schreiben können und von Politik gar keine Ahnung haben. Herr Hise, der aus dem Westen kommt, mag ja etwas anders über die Arbeiter denken. Da haben wir schon erzieherisch gewirkt. Die katholischen Arbeiter im Westen haben den Gegensatz zwischen den Unternehmern und der Arbeiterklasse erkannt und eigene Gewerkschaften gegründet. Herr Hise hat ganz Unrecht, wenn er uns vorwirft, daß wir die Gewerkschaften noch als Mittel für unsere politischen Zwecke betrachten; sie haben in anderen Ländern durchaus selbständigen Werth. Dagegen gründet das Zentrum Gewerkschaften zur Bekämpfung des Unsturzes. Sobald die christlichen Gewerkschaften erst mit der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen machen, zieht ein Geist in sie ein, der sie unbedingt zur Sozialdemokratie führt. Dagegen richtete sich der bekannte „Güterbrief“. Wie die Regierung zu den Arbeiterorganisationen steht, davon hat uns der gestern veröffentlichte Bued-Brief genügend unterrichtet. Er bestätigt Alles, was unsere Redner in dieser Debatte gesagt haben. Herr v. Berlepsch, der sich durch seine bescheidene Sozialreform beim Zentralverband verhasst machte, wurde gestürzt. „Wir haben ihn kein bekommen.“ sagte Herr Bued, und freut sich noch über diesen Sieg, und daß der Zentralverband einen Herrn an die Stelle des Herrn v. Berlepsch gebracht hat, der persönlich in angenehmer Freundschaft mit Herrn Bued lebt. Herr Bued hält denn auch die Lage der Arbeiter für vollkommen befriedigend, hoffentlich im Gegensatz zu allen Mitgliedern des Hauses; denn auf der gegenwärtigen Lage beruht die Fortführung der Sozialreform, die ja alle Parteien für notwendig halten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Aeußerung des Herrn Bued, die Klagen der Arbeiter seien unling, ist selbst der denkbar größte Unfug. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Bued-Brief zeigt, daß die Ansichten der Zentralmacht, des Kaisers, jetzt mit denen des Herrn Bued, nicht mit denen der Enklave von 1890 übereinstimmen, aber gegenüber dem Fiskus werden die Arbeiter nur um so fester an dem sicheren Kurse der Sozialdemokratie festhalten. (Sehr Zustimmung h. d. Soz.) Redner wendet sich dann zur Lage der Fingelarbeiter, deren Arbeitgeber, wie die Gewerkschaften selbst ausgeben, die Arbeiterangelegenheiten besonders häufig übersehen. Während aber den Arbeiter bei der kleinste Gleichsübereitung die schwersten Strafen treffen, werden die Herren Fingelarbeiter, wenn es sehr hoch kommt, nur 20 bis 50 Mark Strafe. (Hört, hört! bei den Soz.) Ganz traurig sind auch die Wohnungsverhältnisse der Fingelarbeiter; die durchweg konventionellen Arbeiter, die angeblich keine Religion und Sittlichkeit im Leben haben, stoßen sich nicht daran, daß ihre wäulischen und weiblichen Arbeiter keine getrennten Schlafräume haben und thun nichts zur Abänderung dieser Zustände. Weiter müßte die Arbeitszeit auch der erwachsenen Arbeiter eingeschränkt und nicht durch die Konkurrenz ausländischer Arbeiter verdrängt werden; an sich läßt sich gegen die Verwendung von Ausländern nichts einwenden, nur dürfen sie nicht als Lohnarbeiter auftreten. Die Arbeiter selbst können ihre Lage durch Organisationen bessern; wenn man aber die Arbeiterorganisationen in heimlicher Weise stillsetzt, kann freilich alle Sozialpolitik nichts erreichen. (Bravo! bei den Soz.)

Fischer (SD): Herr v. Kardorff will die künstliche Brotvermehrung damit entschuldigen, daß Niemand Brot billiger erhalten darf, als es in Deutschland produziert werden kann. Nun, Niemand kann mehr wirtschaftspolitische Kenntnisse ansprechen, als er selbst produziert kann. (Sehr gut! links) Was in Deutschland die Produktionskosten in die Höhe treibt, ist der Werth des Grund und Bodens, und dieser wird durch höhere Getreidebölle noch gehiegt werden. Der preussische Handelsminister legt sich über die reichsgerichtlichen Bestimmungen fort und erläßt Unfallverhütungsvorschriften, ohne sie den Betriebsgeheimnissen, zu deren Verhütung auch Arbeiter hinzuzugehen werden, vorzulegen. Das Reich sollte auf Preußen einwirken, damit dieser Staat die reichsgerichtlichen Bestimmungen besser beachtet. Auch das Uebel, daß im öffentlichen Gewerbe gleich ein Verbot über den Prozeß der Reue erhalten ist, besteht noch immer. Ferner müßten die Weiserbefehle der Schiedsgerichte langfristiger sein.

Sachse (SD) widerlegt die Angriffe des Abg. Dr. Cortel gegen die sächsischen Kohlen-Betriebe. Die Kohlenbetriebe bezahlen ihre Arbeiter durchweg viel besser, als die Agrarier. Das Reichsamt des Innern hat die Gewerbe-Inspektoren wegen der industriellen Preisarbeit befragt; in allen Bergwerksbetrieben hat dieselbe fast ganzenswegs. Der Breslauer Fabrikant hat sich gegen eine Expropriation dieser öffentlichen Arbeit ausgesprochen, auf welche die Unternehmung nicht verzichten wollen. Sehr geschmacklos sind auch die Ueberhörsätze, sowie die in Sachsen übliche Sonntagsarbeit. — Der Reichsminister wird von den Arbeitern vielfach mit Mißtrauen beugnet, hervorgerufen durch das Forderung dieser Beträge; kommt es doch viel, daß der Arbeiter, der sich an die Aufsichtsbürokraten wenden, bestraft werden. (Hört bei den Soz.) So ist es nicht zu verwundern, daß die Zahl der Unfälle auch in diesem Jahre wieder gestiegen ist. — Zum Schluss noch ein Wort zur 12 000 Mark-Bölle. Herr v. Kardorff meint, die Abänderung anderer Resolutionen bedeuere ein glänzendes Vertrauensvotum für den Grafen Posadowsky. Im Lande dagegen wird man der Meinung sein, daß nach anderen Dingen sich ereignen haben, bevor Abänderung man findet. (Bravo! h. d. Soz.)

Bassermann (SD) wendet sich dagegen, daß die preussische Reichsregierung mit der Frage des Zolltarifs verknüpft werde, wie es von Abg. Freudenreich ist. Weiter erklärt er, daß Reichstag der national-liberalen Partei am 10. Juni vorigen Jahres eine Resolution gefaßt habe, wonach ein höherer Satz der Zolltarife nicht mehr auf demselben Standpunkt steht.

Hiermit wird die Debatte geschlossen.

Wer regiert in Deutschland? Noch hat der 12 000

Mark-Posadowsky zu zehren an der Kritik, die ihm die Veröffentlichung des b-famanten Bued-Briefes in der „Leipz. Volksztg.“ eingebracht hat, da erscheint der „Vorwärts“ mit einer anderen veritastlichen Meinungsäußerung Bued's und am Pranger der Geschichte steht Herr Bued, der preussische Arbeitsminister. Unser Zentralorgan veröffentlicht in seiner letzten Nummer ein Schreiben des Herrn Bued vom 7. Juli 1896 an den mittlerweile verstorbenen bayerischen Reichsrath v. Haffler, den früheren Vorsitzenden des Zentralverbandes. Der Gegenstand der Mittheilungen dieses Briefes ist der gegenwärtige Handelsminister Herr Bued, der kurz vorher in sein Amt als Nachfolger des Herrn v. Berlepsch berufen worden war. Herr Bued stellt zunächst fest: „Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt.“ Dann schildert er die Persönlichkeit des neuen Handelsministers, mit dem er seit Jahren geschäftlich und gesellschaftlich in vertraute Berührung gekommen sei. Er, Bued, habe nach der Ernennung des Herrn Bued diesem einen Gratulationsbesuch gemacht und dabei dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß das Handelsministerium mit dem Zentralverband freundliche Beziehungen unterhalten möge. Herr Bued habe erwidert, daß, soweit er dazu beitragen in der Lage sei, dies der Fall sein solle. In der weiteren Unterhaltung sei die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen zur Sprache gekommen. Ueber diese Besprechung sagt Herr Bued in seinem Briefe:

Ich nahm keinen Anstand, zu erklären, daß die Ablehnung des im Uebrigen ganz vernünftigen Handelsministergeleges hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Berlepsch gerichtet gewesen sei und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gefährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er vollkommen an. Ich legte eingehend den Standpunkt des Zentralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung aus einander, betonte, daß wir dieselbe thätig unterstützten und gefördert haben, bezeichnete aber auch die Punkte, in denen man unseres Erachtens bereits zu weit gegangen sei. Die Stellung des Herrn v. Berlepsch läßt sich nun etwa wie folgt charakterisieren. Primo loco ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse, und daß die von gewisser Seite angeführten Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe einzutreten zu lassen, und das sei auch die Ansicht des Kaisers.

Schließlich legt Herr Bued Herrn Bued ein Urtheil über den Unterstaatssekretär Logemann in den Mund, den Bued als einen Geistesverwandten des Herrn v. Berlepsch bezeichnet hatte. Es heißt in dem Briefe: Herr Bued schien mich bezüglich des genannten Herrn mit der Bemerkung beruhigen zu wollen, daß Logemann, mit dem er vornehmlich oft in Meinungsverschiedenheiten sein werde, doch nach giebt, wenn er sich bei seinem Chef einem ernsten Willen gegenüber befinde. Im Uebrigen gilt Bued als ein ruhiger, einfacher Mann mit festem Charakter und festem Willen, und so weit ich die Sache zu übersehen vermag, können wir mit dem Laute wohl zufrieden sein. Wir liebten, ich möchte fast sagen, in freundschaftlicher Weise, er erlaube, auch ihm im gegebenen Fall mit Rath und That zur Seite zu stehen und stets zu ihm zu kommen, wenn wir irgend etwas haben.

Der Brief schließt mit einer Mahnung, Haffler möge den Bund der Industriellen nicht unterschätzen, da „die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß sich die hohe Reichsregierung von dem manchmal unbehaglichen und niemals sehr gern gesehenen Zentralverband abwendet und den „Bund der Industriellen“ mehr begünstigt.“ — Die Enthüllung des „Vorwärts“ ist geeignet, berechtigtes Aufsehen zu erregen. Der Fall Bued ist fast noch schlimmer als der Fall Posadowsky-Woedke, denn im neuen Bued-Briefe wird aufgedeckt, wie systematisch der Scharfmacherverband die Regierung beeinflusst. Hat schon der frühere Bued Brief manchem, der noch im Dunkeln tappte, die Augen geöffnet, so wird dies noch viel mehr der neue thun. Der Brief lehrt aber auch zugleich, daß die Kritik, welche die Abgeordneten unserer Partei an dem jetzigen sozialpolitischen Kurs der Regierung geübt haben, noch viel zu gelinde ausgefallen ist. Diese Regierung fühlt sich als Hausmacht der Scharfmacher, man behandle sie danach.

Zum Staatsrecht fordern unverbohlen die „Berliner Neuesten Nachr.“, das bekannte Kruppblatt, auf. Die unseren Lesern noch erinnerlich sein wird, hatte das Blatt des Effener Kanonenkönigs im Anschluß an eine Rede des Grafen Limburg-Sturum aufgefodert, daß die Konservativen im Reichstage einen Antrag auf Wiedereinführung und Verewigung des Sozialistengesetzes einbringen sollten. Auf den Einwand verschiedener bürgerlicher Blätter, daß ein solcher Antrag bei der jetzigen Zusammenkunft des Reichstages gänzlich aussichtslos sei, bemerkt das Blatt nun:

„So lang sind wir unfähig noch gewesen. Daran, daß der Antrag zunächst keine Nothwendigkeit findet, kann es nicht ankommen. Wohl aber kommt es darauf an, dem Lande nicht nur die Nothwendigkeit nachzuweisen, daß dieser Kampf durchgesetzt werden muß und daß alle nationalgefeunten Elemente sich darauf einzurichten haben, sondern auch darauf, dem Lande wie der Regierung gegenüber klarzustellen, daß dieser Kampf unabweisbar und unverschiebbar ist. Mit dem „piano“ gegenüber der Sozialdemokratie muß ein Ende ge-

schüttelt, (die ganzen „maßlosen Gemeinheiten“ hatten lebhaft darin behauptet, daß der „Vorw.“ und einige andere unserer preussischen Parteipresse Organe aus der berühmten Schloßherren Weltgeschichte etc. Uebersetzungen des „alten Fritz“ über den ersten preussischen König zur Krönungsfeier wiedergegeben hätten. Red.) würden selber sofort einem scharfen Einschreiten der Behörden begegnet sein, die sich jetzt dazu völlig indifferent verhalten, so daß die Masse nachgerade den Eindruck gewinnt, als ob diese Beschimpfungen, wie sie nach Ausbruch der sozialistischen Revolution am Schluß des 18. Jahrhunderts gegen die französische Königsfamilie kaum ärger waren, sich unter hoher obrigkeitlicher Genehmigung vollziehen. Es geht nicht länger an, daß der Staat mächtig die Hände in den Schoß legt und dem Unterminiren seiner Fundamente weiter ruhig zuseht. Hier heißt es handeln, energisch handeln und die konservative Partei hat hierzu vor dem Lande und vor ihrem Gewissen die Ehrenpflicht.“

Nun, vielleicht entschließt sich Herr Bued wieder einmal 12 000 Mark locker zu machen, damit das 12 000 Mark-Reichsamt des Innern, Deutschland mit Flugblätter überschwammen kann, in denen ein ewiges Sozialistengesetz gefordert wird; unter der jetzigen Regierung ist kein Ding unmöglich.

Moltke über die Leutenoth. Ein Breslauer Blatt veröffentlicht eine Reihe unbekannt gebliebener Briefe des Generalfeldmarschalls von Moltke. Darunter befindet sich einer, der den über Leutenoth klagenden Agrariern zur Beherzigung empfohlen werden kann. Die betreffenden Stelle des an seinen Inspektor gerichteten Schreibens lautet:

Bei Leuten, welche jahrelang auf dem Hof gedient haben, will ich zuvor angefragt werden, ehe sie entlassen werden. In gegenwärtiger Zeit muß jedem Gutsherrn darum zu thun sein, die Arbeitskräfte zu konserviren, die Arbeiter festhaft zu machen und die Leute an dem Betriebe der Wirtschaft zu interessiren. In dieser Richtung bin ich zunächst vorgegangen, ihnen bessere Wohnungen zu schaffen und beabsichtige noch andere Schritte zu thun. Das ist aber alles vergebens bei beständigem Wechsel von Personen, wodurch auch die ländlichen Arbeiter in die fluktuirende Bevölkerung hineingethoben werden und den Sozialdemokraten in die Hände fallen. Geschieht etwas für das Wohl der Leute, so kann es bei strenger Beaufsichtigung vom frühen Morgen an, aber sonst guter Behandlung, nicht fehlen, sie an die Heimath zu fesseln, sie muß ihnen nur lieb und werth gemacht werden.

Sehr richtig, aber von solchen Rezepten wollen unsere Agrarier nichts wissen. Die Wänderblätter werden, wenn sie von dem Briefe überhaupt Notiz nehmen, ihren Lesern schon klar machen, daß Moltke zwar ein tüchtiger Stratege, aber als Landwirth doch auch nur „Amateur“ getwelen sei.

Der entrüstete Oberbürgermeister. In der letzten Breslauer Stadtverordnetenversammlung sprach sich unser Parteigenosse Schütz gegen die zur Feier des Krönungs-Jubiläums beabsichtigte Verleumdung des Rathhauses, der städtischen Dienstgebäude und der Denkmäler auf hässliche Kosten aus, indem er diese Veranlassung als dynastische Illumination bezeichnete. Die ruhigen Aeußerungen erregten die Entrüstung der anscheinend sehr festlich gestimmten Versammlung und der Oberbürgermeister Bender erklärte unter „stürmischer Zustimmung“:

„Man könne hier durch keinen Akt mehr seine patriotische Gesinnung bekunden ohne Beschimpfung von jener (der sozialdemokratischen) Seite.“

Auch der freiständige Rechtsanwält und Stadtverordneter Zeige machte seiner Entrüstung Lust. Die Berliner „Volksztg.“, eines der anständigsten bürgerlichen Blätter, bemerkt dazu: „Worin die „Beschimpfung“ liegen soll, ist aus den Berichten der Breslauer Blätter absolut nicht zu ersehen. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten. Aber wenn jemand abweichende Anschauungen über ein dynastisches Fest äußert und in Konsequenz dieser Anschauungen das Geld der Steuerzahler sparen will, ist sollte man nicht von „Beschimpfungen“ reden. Man soll die Gewände objektiv würdigen und, was noch viel besser ist, sie ruhig widerlegen, wenn man — kann.“

Keine politische Nachrichten. Dem Reichstage ging ein Gehegentswurf wegen Verjorgung der Theilnehmer an der ostafrikanischen Expedition und deren Hinterbliebenen nebst Begründung zu, wonach für dieselben die Vorschriften aus dem Schutztruppengesetz vom 7./18. Juli 1896 Anwendung finden sollen. — Der Zentralführer Dr. Lieber ist abermals ernstlich erkrankt; seine völlige Genesung dürfte sehr lange Zeit beanspruchen. — Die Demission des Prinzen Alfons von Bayern, bisheriger Kommandeur der ersten bayerischen Kavallerie-Brigade, war, nach neueren Münchener Nachrichten, thätigst keine freiwillige, sondern ist erfolgt, weil der Prinz bei den letzten Herbstmanövern seine Brigade derart ungenügend führte, daß sein weiteres Verbleiben im aktiven Militärdienst unmöglich erschien. Und trotzdem sollte er unter Verleihung eines höheren militärischen Ranges verabschiedet worden sein? Sehr merkwürdig! — In der Koniger Morfisch meldet die „Voss. Ztg.“, daß in Konig der Gemeindefullehrer W. unter dem Verdacht der Ermordung Winters am Sonnabend Abend von dem Kriminalkommissar v. Kracht verhaftet worden sei. Nach der „Berl. Ztg.“ indessen war in Konig bis Montag Mittag von einer Verhaftung nichts bekannt. Die „Frei. Ztg.“ schreibt hierzu: Wie heute (Montag) im Reichstage erzählt wurde, soll ein hohes kommunaler Beamter in Berlin aus Konig ein Telegramm des Inhalts erhalten haben, daß der Gemeindefullehrer W. vor der Polizeibehörde ein Geständniß abgelegt habe. Gemeint ist der Lehrer Weichel, auf dem jedenfalls schon seit längerer Zeit ein gewisser Verdacht ruht; doch scheinen alle diese Mittheilungen nicht den Thatfachen zu entsprechen, da andererseits wohl eine amtliche Befragung aus Konig vorläge. — Auch Köln wird ein „Sternberg-Skandal“ erleben. Die Kriminalpolizei verhaftete einen dortigen reichen Kaufmann, der gerade von einer Reise zurückgekehrt war, am Bahnhof, als er sich nach Hause begeben wollte. Bereits 14 schulpflichtige Kinder sind in dieser Sache vernommen worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. — Zur Bekämpfung der Granulose (Krankheit) hat der Kaiser der Provinz Ostpreußen 10 000 Mark spendet. Die Summe wurde dem ostpreussischen Provinzialverband der vaterländischen Frauenvereine zur Verewigung des weiblichen Pflegepersonals für die Granulosebehandlung überwiesen. — In Oesterreich wird der Reichsrath am 31. Januar 1897 einberufen. — Das „Neue Wiener Tageblatt“ meldet aus Konstantinopel, ein revolutionäres Komitee,

manischen Welt hätte eine Schrift gegen den jetzigen Sultan herausgegeben, daß er nicht der wahre Kalif wäre. Demnach würde unter den Muselmanen eine bedeutende Revolution ausbrechen und der Prinz Raschid Effendi als Sultan Mehmed V. zum Kalifen proklamirt werden. — In Frankreich ist bei der Senatswahl in Rennes ein intimer Freund des Generals Mercier, der Nationalist St. Germain, der Präsident jenes Disziplinargerichts, welches den Obersten Biouart aus der Offiziersliste strich, gewählt worden. Außerdem dürfen die Nationalisten noch einen Sieg bei der Deputirtenwahl in Montebly, wo der Nationalist Debouffant gewählt wurde, verzeichnen. Andererseits aber hat ihr Führer, General Mercier, der von den Nationalisten als Kandidat für das Präsidium des Verbandes ehemaliger Zöglinge der polytechnischen Schule in Paris aufgestellt wurde, von den 1000 Stimmen ganze 18 erhalten und den Schmerz erleben müssen, daß in der Generalversammlung Kriegsminister Andree mit lebhaften Fundgebungen empfangen wurde. — General Cassin de Bourgoigne ist wegen der von ihm gehaltenen antirepublikanischen Rede zur Disposition gestellt worden. — Der französische Staatsrath verwarf die Berufung Esterhazy's, somit ist die Anklage aus der Armee unabweislich geworden. — Der spanische Ministerrath beschloß, diejenigen Soldaten, welche vor dem Jahre 1895 desertirten, zu amnestieren; auch auf Freivergehen soll sich die Amnestie erstrecken. — Die britischen Truppen besetzten, wie amtlich gemeldet wird, Sonntag Morgen widerstandslos Salliani am nördlichen Ufer des Gambiesflusses und nahmen sechs Führer von Eingeborenen, die sich gegen die Briten erhoben hatten, gefangen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Dicht bei Johannesburg haben sich die Engländer mit Burenkommandos herumgeschlagen. Am Sonnabend giffen, so meldet Ritchener, drei Schwadronen der Johannesburger Mounted Rifles einen Vorposten der Buren bei Springs unweit Johannesburg an und nahmen ihn gefangen. Später wirfen die Mounted Rifles einen starken Angriff der Buren zurück. Aber die Buren rebanchierten sich kräftig, sie haben bei Balmoral einen mit Materialien beladenen Eisenbahnzug erbeutet. Aus Pretoria wird gebracht, daß 200 Buren einen Zug der Delagoa-Bahn zwischen Balmoral und Boffield anhielten. Unter die Schienen war Dynamit gelegt worden, das unter der Lokomotive explodirte und den Zug zur Entgleisung brachte.

Aus Standerton wird berichtet: Der Vertreter der Friedenskommission der Buren, welcher am 18. Januar von hier nach Delagoa's Drift abgegangen war, am mit den Buren aus dem Orange-Freistaat zusammenzutreffen, ist wieder zurückgekehrt. Er meldet, die Buren sagten, sie hätten reichliche Nahrungsmittel und Munition, für die Frauen und Kinder werde von den Briten Sorge getragen, sie hätten daher nicht die Absicht, den Frieden unter den von den Briten gestellten Bedingungen anzunehmen. Sie seien hatte sich, wie er fest glaube, im Lager der Buren auf. Also abgeblitzt. Das ist der langen Rede kurzer Sinn. Daß die Engländer darüber sehr erboht sind, ist begreiflich. Das Ringblatt „Ball Mall Gazette“ verleiht sich insolge dessen sogar zu der Aufforderung, Lord Ritchener solle den Burenführer „Demet“ und seine Banditen behandeln, wie es Banditen gesiemet.“ Nach der Theorie der Londoner Ringpresse sind also Leute, die für ihren Feind und ihr Vaterland kämpfen, schon Banditen, obwohl das Ungehehrte doch richtiger wäre; nicht die Buren sind die Banditen, sondern vielmehr die Mordbrenner der Engländer. Uebrigens hat sich Ritchener die ostasiatische Parole „Gardon wird nicht gegeben!“ nun auch zu eigen gemacht. Als Ritchener, der Schlächter von Durdurman, glaubte Demet eingekreist zu haben, sandte er geheime Befehle an die Truppen, keine Gefangenen zu machen. Ein englischer Offizier schreibt in „Freemantel's Journ.“ voll Entrüstung über diesen Befehl: „Ich empfinde den Befehl persönlich von einem General höchsten Ranges, der eine der ersten Stellen in Südafrika einnimmt, und der Befehl wurde zweimal wiederholt, damit kein Irrthum stattfinden konnte. Nicht allein diesem, auch allen älteren Offizieren war derselbe Befehl zugegangen. Ich weiß nicht, was sie dazu denken oder beabsichtigen, aber ich höre kein Wort des Tadel's.“ Es ist sehr die Frage, ob Ritchener mit der Parole, keine Gefangenen zu machen, nicht noch schlechter fahren wird, als mit dem bisherigen Niederbrennen der Farmen und seinem grotesken Debut als Fremdenpropagandist. Denn die Buren, die sich nunmehr gegen eine mehrfach überlegene Horde von Vorkämpfern zu verteidigen haben werden, werden unumkehrbar gezwungen sein, aus Nothwehr von ihrer trefflicheren Waffe den fürchterlichen Gebrauch zu machen und blutigste Widervergeltung zu üben.

„Daily Mail“ muß inzwischen mit tiefem Schmerz zugeben, daß der Einfall der Buren in die Kapkolonie sich neuerdings wieder bemerkbar macht. (1) 200 Buren sind in der Umgegend von Alenofter eingetroffen, wo sie von der Bevölkerung mit Sympathiebeweisen empfangen wurden. Die Buren werden überhaupt von den Afrikanern überall aus freudlichste aufgenommen; stellenweise werden ihnen sogar unentgeltlich Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Dasselbe Blatt meldet ferner aus Kapstadt: 200 Buren rückten am 19. d. M. in Sanyhys ein. Es verlautet, daß größere Abtheilungen sich bereits innerhalb der Stadt befänden. Die ins Innere des Kaplandes eingedrungenen Buren griffen am 19. d. M. Willommore an, wurden aber zurückgeschlagen. Britische Verstärkungen wurden daraufhin entsandt. Das Burenkommando drang dann weiter südwärts vor nach Uniondale, wo es den Tag darauf ankam. Das nächste Ziel der Buren scheint Knysna zu sein. Man glaubt, diese Stadt sei im Grunde, sich bis zum Eintreffen von Verstärkung aus Kapstadt zu halten. Dieses Burenkommando wird von den Engländern mit einer starken Streitmacht verfolgt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Ueber einen neuen Streifzug gegen angebliche Boxer meldet Graf Waldersee vom Sonnabend aus Tientsin: Von Tientsin ist am Freitag ein Detachement unter Major Hofmann in die Gegend des Tschihai (eines Sees nordöstlich von Tientsin) abmarschirt, wo sich Räuber sammeln.

Der Rektor des Seminars der auswärtigen Missionen in Rom erhielt ein Schreiben des apostolischen Nuntius von Süd-Schenfi, Monsignore Passerini, in welchem dieser mittheilt, daß er samt allen Missionaren und Schwestern wohlaufliege. Durch dieses Schreiben wird die Nachricht von der angeblichen Ermordung jener Missionare für unrichtig erklärt, welche zu Beginn der Unruhen in China verbreitet worden war.

Die „Tribuna“ in Rom meldet aus Schanghai: Ein Piraten, die der italienische Kreuzer „Bettor Pisani“ in der Rimbodbay angriff, wurden vom Mandarin in Kingpo zum Tode verurtheilt und Donnerstag enthauptet. Der Mandarin dankte dem Admiral Cambiati für die Gefangenennahme und forderte ihn auf, die Küsten von Tschefiang von den Piraten zu befreien.

Fünf Jahre Subventionshaft!

A. K. Klassenstaatlicher „Gerechtigkeit“ entspricht es, daß Menschenkinder, welche ihren Hunger oder Durst durch wiederholtes Anrufen der christlichen Nächstenliebe

der Gerechtigkeit vereinbar, wenn ein ausgeluchtes Häuflein wohlhabender Mitmenschen für beharliches Anrufen der staatlichen Hilfsbereitschaft mit mehrjähriger Subventionshaft befolmt wird. Böse Zungen behaupten, daß die Kunde von der gestrigen Abstimmung der Bürgerchaft über die Musikvorlage bei den Insassen eines gewissen Hauses im Innern der Stadt lebhaftere Hoffnungen wachgerufen habe. Diese bemitleidenswerthen Opfer einer verrückten Gesellschaftsordnung sähen nämlich nicht ein, daß es ein großer Unterschied sei, ob man fünfzehn Pfennige oder fünfzehntausend Mark zusammen — petuonire.

Doch es ist wohl „takisos“, es ist wohl nur, um im Jargon der Kantone zu reden, eine Folge unseres Berufes als sogenannte „Apostel stetiger Unzufriedenheit“, wenn wir nach wie vor der Ansicht huldigen, daß die 75 000 Mk. aus dem Steuerzahlsäckel nichts weiter sind, als ein Almosen, das reichen Leuten gespendet wird. Wir können's nicht ändern. Wir sind einmal noch an die alfränkische Uebersetzung des Wortes „Noblesse oblige“ gewöhnt. Wir können beim besten Willen nicht einsehen, daß es einen hübschen Eindruck macht, wenn sich Leute etwas schenken lassen, denen es eigentlich bekäme, zu schenken. Doch — wir sind vielleicht in dieser Hinsicht nicht modern und „patriotisch“ genau.

Uebrigens, sagt Herr Jenne, was heißt: Reiche Leute? O wiß, redengewaltiger Volkstribun, das ist ein relativer Begriff! Ein Anderes ist es, ob diese Frage Vandalbild, ein Anderes, ob sie ein Lübecker Hofenarbeiter zu beantworten hat. Aber — was heißt: Volksthümlich? Ein Spieghürger, der in der sozialen Frage nichts weiter zu sehen vermag, als ein urbarquemes Etwas, mit dem man ihn lieber verschonen sollte, wird anders antworten, als Jemand, der sich ernstlich bemüht, den Dingen auf den Grund zu gehen und sie nicht bloß aus dem Gesichtswinkel der ungestörten Verdauung zu betrachten.

Wichtig und für die Beurtheilung der vorliegenden Sache entscheidend ist es nur, daß es sehr viele Menschen giebt, denen die Fähigkeit völlig abgeht, sich von relativen Begriffen, von den Anschauungen und Wünschen ihres Milieus, ihrer Sippe und Klasse auch nur emigermassen zu befreien und die Dinge von einer höheren Warte objektiv zu beurtheilen. Wichtig auch, daß es gerade die Leute sind, die nicht genug über einseitiges Urtheil vom Parteisanatismus befangener Mörkler und Kritiker zu zernüpfen wissen.

Wir haben schon oft bei den aller verschiedensten Anlässen darauf hinweisen müssen, in wie erschreckendem Maße dieser Defekt gerade bei unleren lässlichen Parlamentariern vorhanden ist. Die Chronik der Musikvorlage wollen wir hiermit dem Kulturhistoriker angelgentlich als bestes Dokument für diese Erscheinung empfehlen.

Hier hat sich die kritiklose, sattzufriedene Nachunddie-Einstimmigkeit einer in Vorurtheilen und Rücksichtslosigkeiten aufgepöppelten Bourgeoisie einmal richtig ausgelebt. Nicht die Bewilligung von 15 000 Mark p. a. ist das Charakteristische, — es ist etwas Alltägliches, daß die Mittel der Gesamtheit für Sonderzwecke im guten Glauben bewilligt werden — charakteristisch ist die Begründung.

Unsere Leser kennen zur Genüge die Vorgeschichte der Musikvorlage. Es unterliegt ja nicht dem mindesten Zweifel, daß es sich hier um ein Douceur, ein warm in die Hand gedrücktes Trübsel für Leute handelt, die sehr empört sein würden, wollte ihnen irgend eine Privatperson sagen: „Hier hast Du fünf Groschen, geh' mal in's Concert und erbaue Dich.“ Aber bei Leuten, die es als eine Ehrenkränkung schlimmster Art betrachten würden, wenn ihnen in der eben angedeuteten Form unter die Arme gegriffen würde, steigt sofort die Illusion eines „gemeinnützigen Wirkens für ideale Bestrebungen“ auf, wenn der Geldbeutel der Allgemeinheit die fünf Groschen hergiebt.

Herr Jenne war der klassische Vertreter dieser Anschauung. Es sei ferne von uns, sie zu verurtheilen, wir beurtheilen sie nur. Der Mann kann aus seiner Haut nicht heraus, das darf uns aber doch nicht hindern, seine Haut etwas gründlicher zu betrachten.

Er schwelgt in der felsenfesten Ueberzeugung, daß der Verein der Musikfreunde wirklich, na, sagen wir, seinen Befähigungsnachweis geliefert habe. Ebenso piffen ja noch andere Vögel an anderen Tischen. Gewiß! Aber, dieser Befähigungsnachweis ist nur relativ erbracht, Herr Jenne. Der Musikverein hat, um Ihre Worte zu gebrauchen, nicht „mit den Wünschen der niederen Bevölkerungswächter kokettirt“, eben deswegen hat er auch die überschwängliche Anerkennung der Schichten gefunden, mit denen er nicht bloß kokettirt, sondern ein recht festes Verhältniß angeknüpft hat. Und diese Anerkennung, das ist für Jenne und seine Hinterlassen die Anerkennung des „ganzen Volks“. Durch eine naive Umwertung der Begriffe avancirt da Schulze u. Co. zum Range des „ganzen Volks“. Und wie „entschieden“ bestreiten dann nicht Schulze sowohl wie Compagnie, daß nur ein Theil des „ganzen Volks“ der Gunst der Frau Musica theilhaftig geworden sei. Ein rührend lustiges Schauspiel!

Doch auch die ersten Töne fehlen nicht! O, diese Gesellschaft, von welcher wir nun nicht wissen, ob sie nach jenseitigen Begriffen reich ist oder nicht, diese „Niederer“, sie verdienen regelrecht heruntergeputzt zu werden! Geht doch dieses Volk zu Wällen, ja gar zu Maskeraden, die mehr kosten, als die „volksthümlichen Concerte“ des Musikvereins. Der reine Skandal! Herr

Jenne und Genossen bezahlen ja auch selbst, wenn im Kolosseum Klautschou zu 15 Mk. Entree gegeben wird. Jeder nach seinem Geldbeutel! Aber daß überhaupt ein „Volksvertreter“ so banale Bierdenkwaise im Ganste vortragen konnte, das verdient angemaßelt zu werden! Und er that's in aller Anschulb, optima fide! Er that es, obwohl er aller Parlamentarier doch weiß, daß die im Vergleich zu anderen Städten hohen Eintrittspreise, welche hiesigen Vereine zu erheben gezwungen sind, einzig und allein bedingt werden durch die Gustbarkeit'ssteuer, durch die die große Masse geschöpft wird. Wir verlangen durchaus nicht, daß Herr Jenne daran denkt, aber wir lassen's uns auch nicht nehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß er nicht daran denkt.

Wir sind überzeugt, daß in den nächsten Tagen nicht nur in der hiesigen bürgerlichen Presse, sondern auch in der von hier in bekannter vorzüglicher Weise bedienten auswärtigen die Posanen von Jericho geblasen werden über den gefürzten Mauern der „Opposition“. Uns zum Gaudium Wir haben vor vier Jahren gesehen, wie die Opposition beschaffen war, wir haben gesehen, wie sie spähte nach Gründen zum Umfall, wir haben uns nie getäuscht in der Tagation der Kräfte, welche angeblich in gewissen steifen Mäden und Rückgraten verborgen liegen, und manche Schärfe, die man uns falsch gedeutet hat, findet darin ihre Genußthung. Heute sehen wir die G purzelten. Die Freisinnsteuchte Dr. Baetche platt auf der Seite! Die Rentiers haben's ihm angethan, die vielleicht hier ihre Billards, Regels- und Skatabelle abhalten werden. Na, dafür kann man doch auch ein Prinzip ruhig opfern! Der Herr hatte übrigens grünlid die Absicht, seinen Purzelbaum mündlich zu exekutieren. Nur durch die Rede seines Parteigenossen — wir wissen augenblicklich nicht, ob der Ausdruck angebracht ist, — Pape ward sein Lämmerchwänzchen in Bewegung gesetzt. Die meisten „Befehrten“ wählten der Tapferkeit besseren Theil, sie schwiegen und sagten durch Erheben von den Sitzen die bekannten zwei Buchstaben.

Herr Coleman und Herr Pape vertraten das Nein, schlecht und recht, wie's ihnen die Natur mitgegeben hat. Herr Coleman wiederholte, was er in seinem Blatte vertreten, Herr Pape schlug etwas kräftigere Töne an, ohne Eindruck zu machen. Er behandelte die Frage auch nicht prinzipiell. Und durchaus verfehlt war es, daß er der „Eisenbahn-Zeitung“ gedachte. Das war unnöthige Reklame für diesen Polichinellkasten. Wie kann Pape ernst nehmen, was „unser Heise“ schreibt! Ist er wirklich noch so verbohrt, daß er in diesem Vertreter des Mülhenthorbezirks etwas Anderes sieht, als . . . ?

Unsere Leser werden vielleicht fragen, wer denn für und wer gegen gestimmt habe. Wir können das nicht genau sagen, obwohl wir Obacht gaben. Wohlweislich ließ man nicht namentlich abstimmen. Wir sahen, daß Herr Pape, Herr Coleman und einige Vertreter der Landbezirke, darunter Herr Lauenstein, sich nicht erhoben; Alles andere schnellte empor, als ob Nadeln auf den rothen Sesseln stäfen.

Was vor vier Jahren Herr Hempel im Unmuth sagte — wo war er gestern? — ist eingetreten: Die öffentliche Meinung ist bei Seite geschoben. Nach der unmaßgeblichen kürzlich geäußerten Ansicht einer bekannten hochstehenden Gerichtsperson braucht man auf dieses nach Brausewetter gar nicht existirende Ding auch ja keine Rücksicht zu nehmen. Man stellt sich eben einfach das Zuzugniß aus, daß man gut patriotisch handelt, und setzt sich damit dem erhebenden Gefühl nieder, nun auch wirklich patriotisch gehandelt zu haben. „Absolute Wurschtigkeit!“ Man redet sich ein, die große Masse des Volkes sei eigentlich gar nicht gegen die Musikvorlage. Das Gros unserer Volksvertreter glaubt die Dampfkraft leugnen zu können, wenn sie sich in ihrer ganzen lächelnden Behäbigkeit auf das Ventil setzt.

Zur Wolke hat man ein außerordentlich feines Gefühl für solche Vorgänge und ein außerordentlich scharfes Urtheil. Unsere Kritik ist noch sanft gegenüber demjenigen Urtheil, das überall in der arbeitenden Klasse gefüllt wird.

Doch dafür haben jene Herren kein Verständnis. Ihnen fehlt das Organ, welches zur Wahrnehmung solcher Dinge dient, jenes selbe Organ, welches auch das Gefühl hervorrufen sollte, daß diese Subventionirung nichts anderes ist, als ein schöner Ausdruck für eine nach normal-bürgerlichen Begriffen recht unschöne Sache. Wir haben das eingangs scherzhaft näher angedeutet.

Die Genehmigung der Musikvorlage mit großer Majorität ist für die arbeitende Bevölkerung Lübeck's ein neuer schlagender Beweis, daß sie von der herrschenden Klasse nichts zu erwarten hat als Zurücksetzung und Mißachtung, ein Beweis, daß sie der alten Taktik treu zu bleiben hat, aus eigener Kraft das Ihre zu erstreben und gelegentlich jenen Anderen eine Duitung für ihr volksfeindliches Gebahren auszustellen.

Das wird bei den nächsten Wahlen geschehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 22. Januar 1901.

Die Wakenitz hält nicht mehr. Das Betreten des Eises ist untersagt. Ob die Beltinhaber, welche sich dort angesehelt hatten, auf ihre Unkosten gekommen sind, möchten wir ernstlich bezweifeln. Zunächst stricht von ihnen Vater Staat 55 Mk. Abgaben vorweg ein, ehe sie einen Pfennig eingenommen haben. Rechnen man

Ein gemäßregelter amerikanischer Gelehrter für den Sozialismus.

Professor George D. Herron in Chicago ist, weil er als Nationalökonom für den Sozialismus eintrat, von der durch den Millionär Rockefeller dotierten Universität gemäßregelt worden. Als Antwort veröffentlicht er nunmehr folgenden Artikel, in welchem er seine Ueberzeugungen für weitere Kreise bekannt gibt.

„Der Sozialismus kommt nicht als ein Heilmittel für die Uebel der jetzigen Gesellschaft, sondern als eine Prinzipienklärung für eine neue Gesellschaft; oder, sagen wir, als der erste Vorschlag, welcher der Welt je gemacht ward, eine soziale Ordnung herbeizuführen.“

Die Gesellschaft ist noch nicht erschaffen. Nur das Material zum Bau einer Menschenwelt ist vorhanden. Eine zusammenhaltende und freie Gesellschaft zu organisieren, ist die mächtigste Aufgabe, welche der Mensch sich gestellt hat und ihre Lösung drängt sich uns jetzt mit Entschiedenheit auf.

Der Sozialismus geht aus von der Thatsache, daß die menschliche Rasse eine geeinte Bruderschaft ist. Er proklamirt dies nicht als Gefühlssache, sondern als ein wissenschaftliches Faktum. „Einer für Alle und Alle für Einen“ — dies ist die einzige Art, zu verfahren, angesichts dieser Thatsache. Daß, wo Einer leidet, alle Anderen leiden, ist nicht ein Gefühl, über das man nachzudenken braucht, sondern die härteste, unwiderrufliche Thatsache, mit welcher wir zu rechnen haben.

In einem armen, von 200 bis 300 Bauern bewohnten Dörfchen an der Grenze Sibiriens bricht die Grippe aus und jede Familie in Amerika ist bedroht. Ein kleines Mädchen wird von den Vertretern der herrschenden Mächte in einem Grubendorf Pennsylvaniens erschossen und jeder denkende Amerikaner muß einsehen, daß kapitalistisches Regieren nicht gescheit, sondern auf ökonomische Macht basirte Brutalität und gefühllose Autorität bedeutet und daß sein eigenes Töchterchen in Chicago oder Kalifornien das nächste Opfer der rohen Gefelohlosigkeit kapitalistischen Regierens sein kann.

Für Gut oder Böse, ob wir es wollen oder nicht: Wir gehören in dieser Welt zusammen und können unsere Wohlfahrt nur zusammen erreichen. Wir mögen wünschen, unsere Interessen von denen der Anderen abzusondern und uns als Individuen von dem Zwang der Einheit zu befreien, aber das ist ebenso unmöglich, als uns den Wirkungen des Gesetzes der Schwere zu entziehen. Wir Alle hängen von gemeinsamen Naturquellen und der historischen Entwicklung ab. Keiner von uns hat bei der Geburt Vorrechte vor dem Andern. Jedes neugeborene Kind ist ein unmittelbarer Erbe aller Lebensquellen der Natur und der Geschichte, der Industrie und Gesellschaft, der Inspiration und Kultur, Alles dessen, das uns gut thut, groß, frei und glücklich machen kann.

Wenn die ganze Welt voll frohen Lebens wäre und gestatet würde, daß ein Kind weniger berechtigt dazu wäre, als alle anderen, müßte sie ökonomisch und geistig verdammt werden. Wir werden das Reich des Genusses und der Freiheit auf Erden nicht eher sehen, als bis wir Alle dafür sorgen, daß jeder Mensch auf die Quellen der Natur und der Freiheit gleiches Recht besitzt.

Der Sozialismus ist die wissenschaftliche und ökonomische Anerkennung dieser Einheit. Alle Menschen hängen von den Quellen der Natur und den Werkzeugen der Produktion ab, und deshalb kann es keine persönliche Freiheit geben, bis diese Quellen und Werkzeuge Allen gehören. Es kann keinen sozialen Frieden noch Vernunft geben, keine volle, wahre Freiheit, so lange Einzelnen gehört, wovon alle Anderen abhängen.

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Konntet auch früher kommen, um mich von meinem Versprechen zu entbinden,“ brach endlich Anton das Schweigen und ein nur mühsam unterdrückter Grimm durchzitterte seine Stimme. „Mehr als einmal habe ich den Tag verflucht, an dem Ihr mir begegnet seid und ich von Euch das Geld empfangen habe.“

„Ich begreife Euch nicht, Mann. Es war doch ein gutes und durchaus ehrliches Geschäft, das Ihr durch mich gemacht.“

„Eine Thorheit war es, die ich mit meiner Ehre hüßen mußte.“

Er blieb nun plötzlich stehen und betrachtete aufmerksam eine am Wege stehende mächtige Buche.

Der Fremde trat näher, klopfte dem jungen Mann auf die Schulter und sagte mit Beziehung auf dessen letzte Worte:

„Ich weiß, die Leute sagen Euch einen Mord nach. — Nicht wahr, nur wir Beide wissen, wie die Sache zusammenhängt.“

Dann lachte er höhnisch auf.

Anton schüttelte heftig die Hand des Fremden ab und wandte sich mit einem jähen Ruck diesem zu, indem eine flammende Röthe über sein verwildertes Antlitz schob und die Augen sich durchbohrend auf den Fremden richteten.

Seine Stimme klang scharf und schneidend, als er rief: „Nichts weiß ich von dieser Bluttat — nichts — hoffe es aber von Euch zu erfahren.“

„Von mir?“ Der Fremde ward sichtlich verlegen unter den unheimlich forschenden Blicken und erbleichte.

Wenn jemand mein Brod, oder das Werkzeug eignet, mit dem ich mein Brod erwerben muß, gehört ihm mein moralisches Sein, oder ich muß rebelliren und verhungern. Privatbesitz der Erde und ihrer Produktionswerkzeuge bedingt, daß die Menschen, welche die Erde bewohnen, Privateigentum seien. Wer seine Arbeitskraft verkaufen muß, verkauft sich selbst. Das jetzige Lohnsystem bedeutet Sklaverei. Wahre Freiheit wird es erst geben, wenn es keinen Lohn- oder anderen Sklaven unter der Sonne mehr giebt.

Wer heute arbeitet, ist ein Sklave. Es giebt keinen Lohnarbeiter auf Erden, der nicht trotzdem er es nicht will, seine Seele in irgend welcher Weise dem verkaufen muß, für den er für Lohn arbeitet. Die von Kapitalisten abhängenden Arbeiter werden alle in gleicher Weise entehrt, verflucht und beraubt.

Unser ganzes Industrie-System ruht auf der Macht des Privatkapitals und der gesetzlich erlaubten Expropriation der Früchte der Arbeit des Volkes. Aber da existirt auch die Frage des Rechtes und des Unrechtes. Wenn Natur und Geschichte Bedeutung und Ziel haben, wenn das Universum aufrichtig ist, dann ist es ein elementares Unrecht, daß Einzelne besitzen, was alle Anderen bedürfen, um leben zu können und das einzige elementare Recht ist, daß alle Menschen Alles gemeinsam besitzen, von dem ihr Leben abhängt. Der einzig gerechte Lohn für Arbeit ist deren volles Produkt.

Die Zentralisirung des Reichthums der Völker in den Händen Weniger hat alle Nationen und alle Zivilisationen zum Verderben geleitet. Die Völker der Geschichte sind bluthroth von der Sühne, welche alle Völker zahlen mußten für die Zentralisirung des Reichthums, denn sie bedeutet nicht Prosperität, sondern Seuche, Stodung, Vernichtung!

Regierungen und Armeen können dieses Unrecht nicht auf die Dauer erhalten. Religionen, welche politische und ökonomische Sklaverei bilden, verschwinden. Könige, Parlamente, Priester oder Politiker können aus schlechten Ursachen keine guten Wirkungen herbeiführen. Es giebt keinen allmächtigen Gott, der ökonomische Macht zum Recht stempeln kann.

Die einzig sichere Grundlage der Gesellschaft ist ein System, welches gemeinsam besitzenden Reichthum zum Ziele hat und alle Menschen gleich frei, wohlhabend und glücklich macht. Die Natur verdammt unsere pauperisirende Zivilisation, denn der Ueberfluß an Leben ist die ewige Botschaft der Natur. Sie bietet Billionen menschlicher Wesen genügende Lebensquellen und wird es nie zugeben, daß auf die Dauer diese Quellen von Wenigen monopolisirt werden, um die Massen auszubeuten zu können. („Strauss. Volksst.“)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Ernste Differenzen sind im Berliner Tapezierergewerbe ausgebrochen. Der Innungsvorstand hat beschlossen, die anfänglich des Streiks im Vorjahre vor dem Einigungsamt geschaffene Arbeitsvermittlungskommission aufzulösen. Gegen dieses Vorgehen wollen die Gesellen mit allen Mitteln ankämpfen. — In der Wagenfabrik zu Eisenach drohen abnormale Differenzen auszubringen. Zugut ist daher fern zu halten. — In verschiedenen Lithographie- und Steindruckereibetrieben in Nürnberg sind Differenzen ausgebrochen, weshalb der Zugut fernzuhalten ist. — Die Keppischläger (Seiler) in Randers (Dänemark) haben durch Verhandlungen, die zwischen der „Dänischen Arbeitgeber- und Meistervereinigung, jütändische Abtheilung“ und dem „Dänischen Keppischläger-Verband“ stattgefunden haben, eine nicht unbedeutende Lohnserhöhung erzielt. Bisher wurden 25 Dore und darunter per Stunde bezahlt, um 30 bis 30 1/2 Dore. Es sind folgende Tagelöhne festgesetzt worden: für Arbeiterinnen 1,60 Kronen, Arbeitsleute 2,95 Kronen, Gesellen 3,30 und 3,55 Kronen (1 Krone gleich 1,12 Mt.). Das Uebereinkommen ist auf 2 Jahre getroffen worden.

„Nichts weiß ich, — gar nichts!“
„Gut! — Nehmt zuvor Euren Rammon, das Weitere wird sich finden!“

Mit diesen drohend klingenden Worten ging der junge Mann ein paar Schritte in das Gebüsch hinein und rief gleich darauf:

„Hier ist der Ort!“

Der Fremde folgte nur zögernd, eine große Unruhe sprach aus seinen Zügen, und mißtrauisch verfolgte er die Mienen und Bewegungen Anton's, während seine Rechte mit auffallender Hast in die Rocktasche griff.

Der lauschende Arbeiter, welcher ganz in der Nähe stand, konnte nun deutlich hören, wie der Boden aufgedrungen wurde. Jedes Geräusch möglichst vermeidend, schlich er noch einige Schritte näher und konnte nun das Thun der Beiden beobachten.

Anton wühlte eifrig im harten Waldboden umher. Der Fremde stand einige Schritte davon und sah zu.

Schweigend grub Anton eine Weile, augenscheinlich ohne Erfolg.

„Müht Euch nicht länger,“ rief endlich der Fremde während aus. „Ihr werdet Euch wohl das Geld schon selber geholt, gestohlen und verbubelt haben. Ich war ein großer Narr, als ich Euch mein Vertrauen schenkte. Ihr seid ein schlechter Kerl — ein Lump — ein ehrolojer Schuft.“

Im Nu war es vorüber mit der so lange mühsam zurückgehaltenen Selbstbeherrschung Anton's. Eine unbändige Wuth flammte bei den höhnenden Worten des Fremden um so unheilvoller und schreckenerregender auf, als sie bisher von starkem Willen äußerlich gefesselt, innerlich aber von heftigem Spott, Verfolgung und Verachtung der Menschen, von Ehd, Noth und Sorge in hundertfacher Gestalt geschürt worden war.

Ein schriller, unartikulirter Ton entrang sich seiner

Den vereidigten Arbeitern der königl. Pulverfabrik in Spandau ist eine langersehnte Lohnaufbesserung zu Theil geworden; ihr Tagesverdienst betrug seit Jahren 2,50 Mk., mit einem kleinen Wohnungsgeldzuschuß und einer Brennmaterialentschädigung hatten sie ein Monatseinkommen von 92 Mark. Unter Hinweis auf die Preissteigerung der Lebensmittel und der Wohnungsmiethen petitionirten sie im Herbst v. J. beim Kriegsminister um Aufbesserung ihrer Lage. Nach Untersuchung der Verhältnisse ist ihnen jetzt eine Lohnerhöhung von 25 Mk. monatlich zugestimmt worden.

Städtische „Sozialpolitik“. Aus Köln a. Rh. wird gemeldet: Sämtlichen Arbeitern im Kölner Hafen einschließlich der Vorarbeiter, Hallenmeister und Kranführer wurde soeben seitens der städtischen Verwaltung infolge des fortgesetzt vorherrschenden Eisganges die Arbeit aufgekündigt. — Diese Maßregel der Stadt ruft natürlich in den beteiligten Kreisen großen Unwillen hervor, zumal da es meistens theils verheirathete Arbeiter, die seit langen Jahren, darunter einzelne 25 Jahre, im Dienste der Stadt stehen. Die Verwaltung der Stadt Köln befindet sich in nationalliberalen Händen, woraus sich diese Kündigungen leicht erklären lassen. Nur Nationalliberale kriegen so etwas fertig.

Ein Kellner-Verein in Odessa. Aus Rußland wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: In Odessa hielten die dortigen Kellner eine stark besuchte Versammlung ab, in der sie beschlossen, einen „Artel“ zu gründen — so heißen die russischen Berufsgenossenschaften. Es wird die erste derartige Vereinigung in Rußland sein. Das Verdienst, ihre Begründung veranlaßt zu haben, gebührt Herrn N. W. Lewitzki, der in den letzten Jahren in Südrußland zahlreiche Artels organisiert hat. Die neue Genossenschaft beabsichtigt, Speisehallen und Theehäuser zu eröffnen, in denen ausschließlich Mitglieder des Artels angestellt werden sollen. Arbeitslose Kellner, die dem Artel angehören, werden daher in Zukunft leichter Arbeit finden. Jedes Mitglied hat bei seinem Eintritt einen Beitrag von 25 Rubel zu entrichten. Das Trinkgeld ist in den Speise- und Theehäusern des Odeßer Kellnerartels abgesehen. Die Gäste, die ein Trinkgeld geben wollen, können ihren Vobolus in die zu diesem Zweck angebrachten Büchsen werfen. Die in der konstituierenden Versammlung geführten Debatten ergaben u. A., daß die Kellner in allen Hotels, Restaurants usw. in Odessa kein Gehalt beziehen, sondern ausschließlich auf die Trinkgelber angewiesen sind.

Zum Streit in der „Leipziger Volks-Zeitung“. Genosse Dr. Bruno Schoenlant, der seit mehreren Monaten krank zu Hause liegt und auf den Verlauf der Buchdrucker-Angelegenheit nicht den geringsten Einfluß genommen hat, wird bekanntlich gleichwohl von dem Organ des Buchdruckerverbandes zum Zielpunkte häßlicher Angriffe gemacht. Die Herren haben in ihrem Beginnen in dem ehemaligen Redakteur der „Volkszeitung“, Genossen Simon Kagenstein, einen Helfer gefunden. Nun sendet Dr. Schoenlant von seinem Krankenlager der „Leipz. Volksztg.“ diese

Erklärung:

Herr Simon Kagenstein hat thätiglich im Jahre 1896 den thätlichen Angriff auf mich versucht, dessen er sich in Nr. 6 des „Correspondent“ rühmt. Daß der Handstreich für Herrn Kagenstein mit einem wenig rühmlichen Rückzuge endete, betrachte ich als nebensächlich. Dagegen muß ich mit Entschiedenheit der kleinen Geschichtsfälschung entgegenreten, die die Ursachen für Herrn Kagensteins Geldenthat in unseren geschäftlichen oder politischen Beziehungen finden will. Diese Ursachen sind vielmehr auf Herrn Kagensteins nervös überreizte Phantasie zurückzuführen und sind so privater Natur, daß sie für die Öffentlichkeit, die ich nicht scheue, nicht das geringste Interesse haben. Dr. Bruno Schoenlant.

Armen geführt, fauste durch die Luft und traf das Haupt des Fremden, der mit halbblauem Schrei leblos niederstürzte.

Dies geschah mit solcher Gedankenschnelle, daß ein Verhüten oder Eingreifen undenkbar war. Der Fremde hatte nur noch Zeit, die Hand, die krampfhaft einen Revolver umspannt hielt, aus der Tasche zu reißen, nicht aber, denselben abzurücken. Die Waffe entfiel beim Stürzen seinen Händen.

Wie ein gehetztes Wild floh der Lauscher, der unsichtbare Zeuge der entsetzlichen That geworden war, von Schrecken erfüllt, durch Dick und Dünn nach dem Dorfe zurück. Fallen und Stolpern, was bei seinem eiligen Lauf in der Dunkelheit ganz natürlich und unvermeidlich war, vermehrte noch seine Aufregung.

Mit unglaublicher Schnelligkeit verbreitete sich im Orte eine Geschichte von Mord und Todtschlag, die sich bis in die graufigsten Details mit der größten Genauigkeit zusammenlegte. Die Leute liefen zusammen, ganz Weinselden besand sich auf den Beinen und es herrschte eine Bestürzung, als sei ein noch viel größeres Unglück geschehen.

Nicht lange und der Wald hallte wieder von den aufgeregten Stimmen vieler Männer, die mit allerlei Werkzeugen bewaffnet, sich der Ortsbehörde angeschlossen hatten, um den Verbrecher einzufangen. Niemand von ihnen zweifelte, daß Friedrich, der die Kunde gebracht, die Wahrheit berichtet, und fast Jeder empfand eine geheime Befriedigung in dem Gedanken, daß diesmal der gefährliche Bursche auf freier That ertrappt worden sei, daß ihm nun kein Zeugnen nützen könne.

Aber auch Viele zogen mit in den Wald, stets in äußerster reservirter Haltung verharrend, die das Entsetzliche noch nicht glauben wollten, die da meinten, es müsse unbedingt ein Mißverständnis vorliegen. Sie wollten sich nur durch den Augenschein überzeugen, ob der, dem sie folg-

Musik und Fern.

Kleine Chronik. Das Schwurgericht in Bromberg verurtheilte im Revisionsverfahren den Arbeiter Zielinski-Wendzickow, der in der ersten Verhandlung zum Tode verurtheilt war, zu acht Jahren Zuchthaus. — Beim Salutschießen zur preussischen Krönungsfeier wurden in Weick-Duisburg einem Arbeiter infolge Explosion eines Böllers die Beine abgerissen. Der Verunglückte starb im Krankenhaus. — Bei dem Infanterie-Regiment in Koblenz sind wieder drei Typhusfälle festgestellt worden. Der Zustand eines Erkrankten ist hoffnungslos. — In der Nacht zum Sonnabend stürzte in der Kaserne des Trainbataillons in Ehrenbreitstein ein Soldat zum Fenster hinaus und war auf der Stelle todt. — Die Strafkammer in Mainz verurtheilte den Zimmermeister Jochenbach aus Badesheim wegen Gotteslästerung zu drei Monaten Gefängnis. Jochenbach hatte in angetrunkenem Zustande Abends während der Kirchweih auf der Straße Gott gelästert. Ein Bäckermeister hörte die Verurteilung und machte davon Anzeige. — Ueber ein Verbrechen aus verschmähter Liebe wird aus Kolmar i. E. gemeldet: In der außerhalb des Dorfes Heiligkreuz gelegenen sogenannten „Teufelsmühle“ erschoss ein Müllerknecht in Gegenwart der gesammten Familie die älteste Tochter des Müllers, die seine Werbung zurückgewiesen, und hierauf sich selbst mittelst eines Jagdgewehres. — In Kamienica bei Tarnopol (Galizien) legten sich sechs Personen in einer Bäckerei, wo früher feuchtes Holz getrocknet wurde, schlafen und erstickten in Folge eingestürzter Gasse. — Ein Leipziger Kaufmann hat in Bozen Selbstmord begangen, indem er um den Kopf in Chloroform getränkte Tücher wickelte. — In Semlin erbrach Freitag Nacht der Mörder Marica, der vor Kurzem in Dess eine ganze Familie aus fünf Personen ermordet hatte, die Kerkerthür, tödtete den Wächter und drang in dessen Wohnung, wo er die Frau und vier Kinder ermordete. Er raubte hierauf alles Werthvolle und entwich über die Kerkermauer. — Da seit zehn Tagen kein verdächtiger Krankheitsfall mehr in Konstantinopel festgestellt worden ist, erhalten die von dort abgehenden Schiffe wieder Gesundheitspässe. — Im College Francais in Paris gab Sonnabend Nachmittags eine junge russische Studentin Wera Jelo einen Revolverbeschuss auf den Professor Senaioir Emile Deschanel, den Vater des Kammer-Präsidenten, ab. Eine Landsmännin der anscheinend geistesgestörten Attentäterin, Alexandrine Zellusamich sprang dazwischen und erhielt eine Kugel in die Brust. Der Zustand der Dame ist beunruhigend. Deschanel ist unverletzt. Die Attentäterin wurde verhaftet. Sie erklärte, sie habe Deschanel tödten wollen, weil er sie beleidigt habe. — Aus London wird gemeldet: Auf der Südwesbahn wurde Freitag Nachmittags in einem Zuge ein Mord begangen, der gewaltiges Aufsehen erregt. Das Opfer war ein Farmer aus Winchester, der mit einer Dame im Coupe saß und nach London fahren wollte, um einen Eheid über eine größere Summe einzulösen. Ein dritter Passagier, ein von der Polizei wegen vieler Verbrechen gesuchter und norbestrafter junger Mensch erschoss den Farmer vor Baughall und beraubte ihn. Dann rief er der Dame, einzuwilligen, daß er den Revolver dem Ermordeten in die Hand gäbe und behauptete, derselbe habe Selbstmord begangen. Die Dame erklärte unerschrocken, sie würde in Baughall die Polizei rufen. Daraufhin schoß der Mörder auch auf sie und verwundete sie nicht gefährlich am Arm. Die Dame stellte sich, als sei sie tödtlich getroffen, beobachtete aber den Mörder scharf, und es gelang ihr, bei der Ankunft in Baughall durch ihr Rufen die Verhaftung des kurz vorher aus dem Zuge Geprungenen zu veranlassen. — Ueber einen geheimnißvollen Mord wird aus New York berichtet: Mittwoch Mittag entdeckte ein Schutzmann einen großen Koffer von grünem Zink, der auf einem Uebladeplatz des East River lag. Anscheinend war er von einem Güterwagen gefallen. Beim Öffnen des Koffers fand er die mit einem Seil gefesselte Leiche eines Mannes. Der Kopf war fast vom Körper getrennt. Die Leiche wurde am Nachmittag als die Michael Weisbergers erkannt, der Verkäufer bei einer Remporter Juwelierfirma war. Der Leichenbeschauer meint, der Tod sei erst wenige Stunden vor der Aufhängung der Leiche eingetreten. Weisbergers Firma verkaufte Schmuckgegenstände auf Abzahlung und hatte in den umliegenden Stadtgegenständen an der Dritte New-York viele Kunden. Es wird berichtet, daß der Mann Schulden eintrieb, als er verschwand.

Bis jetzt ist keine Spur von den Mördern gefunden worden.

Die Ausföhrung eines Arbeitgebers gegen eine Arbeiterin hatte am Sonnabend das Landgericht I in Berlin zu führen. Die Frau eines Postassistenten K. hatte sich bei dem Konfektionschneider Max Salomon, der viele Arbeiterinnen beschäftigt, um Arbeit beworben, diese aber gleich nach dem ersten Versuch wieder aufgegeben, da ihr der gewährte Lohnsatz zu gering war. Sie hatte noch einen Lohnbetrag von 2,60 Mk. zu erhalten. Als sie das Geld von Salomon verlangte, erklärte dieser, daß die Directrice nicht anwesend sei und bestellte Frau K. — wie diese behauptet — Abend in seine Wohnung. Frau K. ging dann auch Abends in die Privatwohnung, wurde jedoch nicht vorgefunden, unter der Motivierung, daß Salomon beim Abendessen sei. Sie wartete eine Weile und ging dann — wie sie sagt, auf Anregung des Dienstmädchens — in das Wohnzimmer, wo sie von Salomon sofort energisch hinausgewiesen wurde. Nach ihrer Angabe hat sie Salomon am Arme gepackt, sie zur Thür hinausgeschoben, so daß sie die Treppe hinabgefallen sei, und dann noch auf sie losgeschlagen und mit den Füßen gegen ihren Leib getreten, so daß sie körperliche Beschwerden davongetragen habe. Das Schöffengericht hat i. Z. den Angeklagten Salomon wegen dieses Vergehens zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Gegen dies Urtheil hatte der Angeklagte, die Staatsanwaltschaft und die Nebenklägerin Berufung eingelegt. In der Verhandlung am Sonnabend bestritt der Angeklagte wieder seine Schuld und behauptete, daß die Nebenklägerin ihn durch Schimpfworte und dadurch gereizt habe, daß sie mit den Füßen an die Wohnungsthür gepölkert und ihn beim Oeffnen der Thür ins Gesicht geschlagen habe, daß seine Brille zu Boden gefallen sei. Nach Wiederholung der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Erhöhung der Strafe auf zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof bestätigte aber das erste Urtheil.

Eine Petition aus dem Lande des Herrn v. Frege. In der letzten Sitzung der Petitionskommission des Reichstages kam, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, unter dem Titel „Schulreform“ eine Petition zur Verhandlung, die jedenfalls insofern originell ist, als sie von einem Manne herrührt, der genau so denkt, wie er schreibt und spricht. Eine gewisse Kenntniß des sächsischen Dialektes ist zum Verständniß erforderlich, das Schriftstück lautet genau wiedergegeben so:

Dresden, den 22. Nov. 1900.

Bitt Gesuch. Petition.

An den hohen Reichstag Deutschlands.
Da Wir doch in Sachen und im deutschen Reiche Alle Deutsche, die Wir unsern König und Kaiser ehren und kennen, so bitte ich den hohen Bundesrath und die geehrten Reichstags-Abgeordneten des deutschen Reichs v. 1901 der Bestimmung geschweiter Anfängen zu laßen. Wie es bisher gewesen. Das nicht in den Schulen Sächsens wie im Deutschen Reich mehr Lateinisch gepaukt und Klein geprügelt würd in die kleine Getägliche Curer und Meiner Kinder Reich wie Arm. Denn n Papst un n Bischof zur Liebe un n Apotheker den s Volk s schwere Geld hinträgt, halte Ich für z dum. Ich sage als Deutscher Rede Deutsch Ihr Loderich lernt lieber für die Todesprache Englisch und Französisch das eine Liebenswürdige Begrüßung hau to jou tou Untereinander ist und würd.

Das ist der Herzenswunsch eines Sachsen Vaters an die hohen geehrten Herren im Reichstage.

von Gustav Brund J. in Dresden Alt.

Ich möchte die Kinder Eure Kinder müßten Sie och Leid thun zu Liebe auer solchen Schpißbubenprache peinigen zu laßen.

Leider fand das Bittgesuch nicht den Beifall der Kommission, sie urtheilte vielmehr „ungeeignet zur Erörterung im Plenum“. Jedenfalls verdient es aber, der Welt bekannt gemacht zu werden.

Sonnenpakete. Aus Duisburg berichtet die „Niederrheinische Volkszeitung“: „Viel Kopierbrechen machte der hiesigen Steuerbehörde eine kostbare Sendung, welche ein hiesiger Händler von seinem als Seesoldat in China mitkämpfenden Sohne erhielt. Die Sendung bestand aus einer Bajerjade, einem seidenen Hofbedienten-Anzug und einem prachtvollen Mantel einer chinesischen Hofdame. Die beiden letzteren Kleidungsstücke sind

vollständig neu und stammen aus einem kaiserlichen Palast in Peking. Insbesondere ist der Mantel ein Muster chinesischer Kunstfertigkeit in der Seidenbranche. Er ist ganz aus bunter, feinsten Seite hergestellt, mit kostbaren Stickereien versehen und mit echten Goldfäden durchwirkt. Der etwa ein halbes Meter breite Saum setzt sich aus schweren seidenen Strängen zusammen. Das Rollant wußte nicht recht, wie die Sendung zu verpacken sei. Der Mantel wurde schließlich nach seinem Seiden- und Goldwerth zu 1500 Mk. taxirt, die Bajerjade zu 500 Mk. Im Ganzen waren 41,70 Mk. Zollgebühren zu entrichten. Der Empfänger der Sendung beabsichtigt, die höchst interessanten Kriegstrophäen hier öffentlich auszustellen.“

Das Schulheftblatt bringt es an den Tag, durch einen merkwürdigen Zufall ist es, wie das „Wiener Tagbl.“ erzählt, gelungen, den Mörder des bei der Berliner Stadtgemeinde bediensteten gewesenen Waldheger Franz Hamernik, der am 15. v. Mts. erschossen aufgefunden wurde, zu entdecken. Von der Leiche, die im Walde mit Tannenreisig bedeckt war, fehlten Gewehr, Stiefel, Kapsel, Waldtasche und einige von den Effekten, so daß die Annahme, es handle sich hier um einen Raubmord, zur Gewißheit wurde. Der die Erhebungen führende Polizeikommissar wickelte den am Tharakte gefundenen Gewehrpfropfen aus Papier auf, um eventuell aus dem Zeitungspapier auf dem Wohnort des Mörders schließen zu können, wie dies einmal bei einem Raubmorde in Wien geschehen war. Der Gewehrpfropfen war aber nicht, wie es bei oberflächlicher Betrachtung schien, aus Zeitungspapier, sondern es war ein Blatt aus einem Schulhefte. Das Blatt enthielt den Schluß einer Schulaufgabe, die Sätze wie: „Der Himmel ist blau“, „Der Schnee ist weiß“, „Die Kage miaut“, und andere ewige Wahrheiten. Das Blatt wurde in den Volksschulen sämtlichen Lehrern vorgelegt, und einer bezeichnete die Schrift als die seines Schülers Heinrich Pavliczek. In der Wohnung des Vaters dieses Schulknaben, Franz Pavliczek, wurde nun eine Haus-suchung vorgenommen. Die Erhebungen ergaben, daß Franz Pavliczek in seinem Heimatsorte Brantow als Raubschütz berüchtigt sei und schon wiederholt auf Waldheger sein Gewehr angelegt hatte. Pavliczek legte ein Geständniß ab und bezeichnete auch die Stelle im Walde, wo er die von dem Ermordeten geraubten Sachen vergraben hatte. Das Blatt aus dem Schulhefte, welches die Entdeckung des Raubmörders herbeigeführt hat, wird dem Polizei-Museum einverleibt werden.

Ein wohlthätiger Wucherer. Aus London wird berichtet: Der vor einigen Tagen in seinem Palais am Grosvenor Square verstorbenen Geldleiher Sam Lewis hat ein Vermögen von 90 bis 100 Millionen Mk. hinterlassen und sein Testament erbringt jetzt den Beweis, daß er es ernst meinte, wenn er, wie behauptet wird, sich das Motto: „Ich leide den Reichen und gebe den Armen“ zur Richtschnur und zum Prinzip gemacht hatte. Soweit bis jetzt bekannt ist, wird der größte Theil seines riesigen Vermögens den Wohlthätigkeitsanstalten Englands zu gute kommen, während seine Verwandten, wahrscheinlich zu ihrer großen Enttäuschung, jeweilig mit einigen hunderttausend Mark abgefunden werden. Unter anderem hat Dr. Lewis die Summe von 10 Millionen Mark dafür bestimmt, daß große Heimstätten für die Armen Londons begründet werden, in denen die letzteren Unterkunft, Nahrung und — Arbeit finden sollen. 2,5 Millionen Mark sind der jüdischen Gemeinde der Metropole zu beliebiger Verwendung hinterlassen worden, während verschiedene weitere Millionen bestimmten jüdischen Wohlthätigkeitsanstalten zufallen. Ganz besonders reichlich ist auch der Prinz von Wales bedacht worden, d. h. soweit seine Wohlthätigkeitsbestrebungen in Betracht kommen. Lewis hat nämlich die runde Summe von 5 Mill. Mark für den sogenannten Hospitalfonds des Prinzen von Wales gestiftet, der sämtlichen Londoner Hospitalern die nötige Unterhaltung bietet, und auch eine ganze Reihe anderer christlichen Institute werden dem jüdischen Wucherer eine stattliche Bereicherung ihrer Hilfsfonds zu verdanken haben. Es erregt natürlich allgemeines Aufsehen, daß auf diese Weise alle jenen ungeheuren Summen, die dieser notorische Geldverleiher den leichtsinnigen jungen und alten Verschwendern Englands in einer dreißigjährigen „geschäftlichen Thätigkeit“ abgeklopft hat, thatsächlich jetzt den ärmeren und ärmsten Klassen der Londoner Bevölkerung zu gute kommen und gewissermaßen eine großartige Stütze für die häßliche Lebenspraxis dieses Mannes darstellen.

mit brüderlicher Gesinnung entgegengebracht, wirklich eines Verbrechens sich schuldig gemacht habe.

Weniger strupellos und kräftig verhielt sich die Menge, die mit Anton weniger persönlichen Umgang gehabt, die seinen Charakter nicht kannten, und deren Geist beschränkt genug war, die üblen Gerüchte über den jungen Mann ohne verständige Prüfung anzuerkennen und den Stab über ihn zu brechen.

Sie wüßten freuent sich, daß der Verurtheilte endlich von der öffentlichen Gerechtigkeit erlöst werde. Keinem fiel es ein, auch nur den geringsten Zweifel an der Schuld Hager's anzuspüren.

Wir wollen uns verhalten, daß der Mörder uns nicht entweicht!“ schrien sie angesetzt und folgten Friedrich, der als Führer voranging.

Er schreit: Hagen die Vögel an, die der nächste Baum aus der Nähe gestört, und der unheimlich fliegende Ruf der Gänse und Krähe schürte noch das allgemeine herrschende Grauen.

Endlich war der Ort der That erreicht. Vorsichtig schlichen die Männer näher in düstern Kreise; sie hatten den Mörder in ihrer Mitte.

Dort kniete Anton zur Seite des Fremden. Er schaute nicht auf, als er der Menge ansichtig wurde, und zeigte nicht die geringste Reizung, sich seinen Verfolgern durch die Dürft zu erheben. Unverwundet starrte er auf sein Opfer, das keine Furchen auf dem Baldgrund lag. Mit Hagen seiner Kleider hatte Anton die Hände des Fremden verbunden und dessen Kopf auf seinen Schoß gebettet.

Jeder, der ihn so sah und die vorhergegangene Szene nicht kannte, wußte ihn eher für einen barhäutigen Samaritaner halten als für einen Verbrecher halten.

Einige von den Verfolgern hatten Holzspäne entzündet und beschickten das graue Bild.

Mit klangloser, aber fester Stimme sprach er: „Ich habe einen Schurken erschlagen, obwohl es nicht in meiner Absicht lag. Noch weiß ich selbst nicht, wie es geschehen, aber ich will es verantworten. Ich bin Euer Gefangener, thut mit mir, was Ihr für Eure Pflicht haltet.“

Fünfundzwanztes Kapitel.

Am folgenden Morgen sah sich Anton hinter Schloß und Riegel im Gerichtsgefängnis. Er wußte kaum, wie er dort hingekommen, er befand sich im Zustande eines wirren Traumes. Nur sah er in der Zelle, bleich, stumm und theilnahmeslos, in dampfem Hinbrüten versunken. Es war, als hätte die furchtsame Selbstanklage angefaßt seines Opfers ihn alle Fähigkeit geraubt, irgend etwas zu fassen; kaum hob er das Auge, wenn Jemand die Zelle betrat.

Er hielt den Fremden, dem er in furchtbarer Aufwallung seines gepölkerten Gemüths, jaß unbewußt, den schweren Schlag verfehlt, heute für eine Leiche. Er wußte, daß er einen Menschen erschlagen, der selbst Menschenblut vergossen, aber bei dem Gedanken, daß dieser nun stumm und kalt, jaßte ihn milde Berzweiflung, daß ihm nun jede Möglichkeit genommen sei, sich von dem schweren Verdacht, der anlässlich der entsetzlichen Bluttat vor zwei Jahren auf ihn gefallen, reinigen zu können.

Es lag nicht im Entferntesten in seiner Absicht, dem Glenden ein Leid zuzufügen, wohl aber hatte er die Wiederkehr des Fremden mit dem Vorles erwartet, ihn nach Uebergabe des vergrabenen Geldes, das zweifellos geraubt und mit Blut besudelt war, dem Gericht zu überliefern. Die leidenschaftliche That, zu der er sich von seiner zornigen Enttäuschung über den beleidigenden Wortwurf des Mannes hinreißen ließ, hatte seinen ursprünglichen Plan vereitelt; er, der einen Mörder entlarven und der Justiz übergeben wollte, war nun selbst zum Mörder geworden.

Der Fremde war aber keineswegs todt. Schwer ver-

wundet nur und bewußtlos brachte man ihn in das Krankenhaus der Kreisstadt, der Arzt hegte aber berechtigten Zweifel, ob es ihm gelingen werde, den Verletzten am Leben zu erhalten.

Mit der Untersuchung gegen Anton Hager war der junge Affessor Feldner betraut worden.

Feldner gehörte zu jenen — leider wenigen — Juristen, denen das starre, trockene Formelwesen, das kalte Paragraphenthum seines Berufs Herz und Hirn noch nicht verknöchert und verödet hatten.

Der junge Gerichtsbeamte war auch nicht aus Neigung Jurist geworden; aus einer alten Beamtenfamilie stammend, mußte er, lediglich Familientraditionen folgend, die Rechtswissenschaft als Brodstudium ergreifen.

Er that es mit Abhien und Widerwillen; ihm graute vor dieser „Wissenschaft“, die nach starren, theilweise mittelalterlichen Formeln und Gesetzesparagrafen über arme, unglückliche Menschen das Urtheil spricht. Er mußte aber dem Zwange gehorchen, durfte nicht der Neigung folgen, die ihn gewaltig zur Philosophie und Naturwissenschaft hingog.

Sein Herz hatte sich jedoch das warme Fühlen für das Elend, für das Unglück bewahrt und so mancher Fall während seiner Praxis, in dem sein Herz und seine bessere Ueberzeugung mit dem strengen, unerbittlichen Buchstaben des Gesetzes in Konflikt gerieth, kostete ihm schwere innere Kämpfe.

Etel erfüllte ihn oft, wenn er, im Bureau sitzend, die eingegangenen Protokolle und Verhandlungsberichte — Alles in dem eintönigen, kalten Altentstil gehalten — prüfend durchblätterte, sprach doch aus jeder Zeile dieser trockenen Berichte so viel menschliches Elend, so viel Verzweiflung, Kummer und Noth, wie sie der phantasiereiche Romanschriftsteller nicht ergreifender zu schildern vermochte.

(Fortsetzung folgt.)